

<https://strategic-culture.su/news/2026/05/08/european-leaders-arent-blind-to-kiev-corruption-they-key-partners-in-massive-extortion-racket/>

Die europäischen Staatschefs verschließen nicht die Augen vor der Korruption in Kiew – sie sind vielmehr zentrale Akteure in einem riesigen Erpressungsring

EU-Spitzenpolitiker wie Kaja Kallas haben angesichts der endlosen Skandale, die aus Kiew nach außen dringen, so getan, als würden sie nichts davon wissen.



8. Mai 2026 | Editorial

Diese Woche gab es weitere Belege für die tief verwurzelte Korruption des Kiewer Regimes. Und dennoch stehen die Staats- und Regierungschefs der EU Schlange, um diesem Regime – das zum Inbegriff für Betrug im industriellen Maßstab geworden ist – einen massiven Kredit in Höhe von 90 Milliarden Euro (105 Milliarden Dollar) zu gewähren.

Die EU hat seit Februar 2022, als der Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland eskalierte, bereits rund 200 Milliarden Euro in die Stützung des ukrainischen Regimes gepumpt.

Der größte Teil der jüngsten Gelder wird als Militärhilfe verwendet werden, um in ukrainische Hersteller von Drohnen und Raketen zu investieren. Eines der bekanntesten dieser ukrainischen Unternehmen – Fire Point – steht in Verbindung mit dem sogenannten Präsidenten des Regimes, Wolodymyr Selensky.

Über die ukrainischen Medien [durchgesickerte](#) Überwachungsaufnahmen zeigen, dass der Geschäftsmann Timur Mindich, mutmaßlicher Eigentümer von Fire Point, mit dem ehemaligen ukrainischen Verteidigungsminister Rustem Umarov über die Vergabe von Aufträgen im Wert von mehreren Milliarden Euro verhandelte.

Gegen beide Männer laufen Ermittlungen ukrainischer Antikorruptionsbehörden wegen Unterschlagung. Im vergangenen Jahr trat Umarov als Verteidigungsminister zurück, nachdem ihm Betrug und Erpressung vorgeworfen worden waren. Timur Mindich floh unterdessen im November letzten Jahres nach Israel, gerade als die Korruptionsermittler ihn zur Vernehmung vorladen wollten. Mindich war früher Geschäftspartner von Selensky und ist nach wie vor ein enger Vertrauter. Er wird spöttisch als „Selenskys Geldbörse“ bezeichnet.

Selensky, dessen Amtszeit als Präsident vor fast zwei Jahren abgelaufen ist, der sich jedoch selbst eine Verlängerung seines Mandats gewährt hat, reist ununterbrochen durch das Ausland, um um weitere Militärhilfe zu werben und gleichzeitig Fire Point als lohnende Investition anzupreisen. Selenskys Werbemaßnahmen haben sich reichlich ausgezahlt.

Mehrere europäische Staaten haben im Rahmen bilateraler Abkommen Partnerschaften mit Fire Point geschlossen. Dänemark, Deutschland, die Niederlande und Norwegen gehören zu den europäischen Investoren in diesem Unternehmen sowie in viele andere ukrainische Rüstungsunternehmen. Auch Saudi-Arabien und andere ölreiche arabische Staaten haben große Summen investiert.

Das derzeit in Vorbereitung befindliche sogenannte Darlehen der EU in Höhe von 90 Milliarden Euro für die Ukraine kommt somit zu den Milliarden hinzu, die bereits im Rahmen bilateraler Abkommen bereitgestellt wurden.

Trotz der Skandale bleibt Rustem Umarov, der ehemalige Verteidigungsminister, gegen den wegen Korruption ermittelt wird, dennoch eine Schlüsselfigur im engsten Kreis von Selensky. Er ist Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates und einer der Hauptverhandler bei den von den USA einberufenen Gesprächen mit Russland, die angeblich darauf abzielen, eine diplomatische Lösung für den seit mehr als vier Jahren andauernden Konflikt zu finden. Ein Konflikt, in dem das ukrainische Militär Millionen von Opfern zu beklagen hat. Diese Gespräche haben keine Fortschritte gebracht, wobei die Trump-Regierung in Washington der ukrainischen Seite vorwirft, den Fortschritt zu blockieren.

Die jüngste Wendung im anhaltenden Korruptionsskandal in der Ukraine – in den der Chefunterhändler Umarow und ein Vertrauter von Selensky verwickelt sind, die gemeinsam ein betrügerisches Geschäft mit europäischen Finanzmitteln betreiben – erklärt, warum das Kiewer Regime will, dass der Konflikt so lange wie möglich andauert. Krieg bedeutet Verträge, Betrug, Bestechung, Schmiergelder und Milliarden von Euro, die auf Offshore-Bankkonten fließen. Frieden hingegen bedeutet das Ende lukrativer Geschäfte.

Kurz gesagt, es besteht ein eklatanter Interessenkonflikt im Kiewer Regime, bei dem Diplomatie und Frieden mit Russland den korrupten Interessen völlig zuwiderlaufen. Der Krieg muss weitergehen.

Die große Frage lautet: Warum scheinen die europäischen Staats- und Regierungschefs so blind für die offensichtliche Korruption zu sein? Ukrainische und amerikanische Ermittler haben unabhängig voneinander die grassierende Korruption und den Diebstahl öffentlicher Gelder aufgedeckt, durch die sich die Clique um Selensky bereichert.

EU-Spitzenpolitiker wie Kaja Kallas, die oberste Außenbeauftragte der Union, haben sich jedoch angesichts der endlosen Skandale, die aus Kiew nach außen dringen, dumm gestellt. Sie hat die

schädigenden Berichte lediglich als „bedauerlich“ bezeichnet. Doch währenddessen lobt die EU Selenskyj und sein Regime weiterhin in den höchsten Tönen. Diese Woche wurde er eingeladen, an einem weiteren EU-Gipfel in der armenischen Hauptstadt Eriwan teilzunehmen. Die EU preist Selensky weiterhin als den mutigen Führer einer Nation an, die von Russland unprovokiert angegriffen wird, und behauptet, die europäischen Bürger hätten die moralische Pflicht, die Ukraine mit Milliardenkrediten zu unterstützen, um „den Rest Europas zu verteidigen“.

Noch kritischer ist, dass der deutsche Europaabgeordnete Fabio de Mazi wiederholt die Frage aufgeworfen hat, warum die EU-Führung unter EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen so wenig Interesse daran gezeigt hat, Selensky und sein Regime zur Rechenschaft zu ziehen. De Mazi hat von der Leyen und die Brüsseler Bürokratie beschuldigt, den ukrainischen Betrug zu „schützen“.

Ein Grund dafür, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs so unerbittlich am Selensky-Regime festhalten, liegt in ihrer tiefsitzenden Russophobie und ihrem Revanchismus. Diese Ideologen wollen Russland strategisch besiegen, um im Rahmen einer Politik des „Neo-Lebensraums“ – ähnlich derjenigen, die das nationalsozialistische Dritte Reich verfolgte – enorme, kalkulierte Gewinne für westliche kapitalistische Interessen zu erzielen.

Aber es stehen auch unmittelbare wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel. Einige Kommentatoren haben die Ukraine als ein „schwarzes Loch“ der Korruption beschrieben, in das Milliarden von Euro und Dollar fließen und aus dem sie nur durch illegale Veruntreuungsgeschäfte wieder herauskommen. Diese Analogie ist nicht zutreffend, betont Thomas Riemenschneider, ein in Kopenhagen ansässiger Ökonom und führendes Mitglied der Kommunistischen Partei Dänemarks.

„Das Geld fließt in die Ukraine, aber der größte Teil davon fließt in Form von Aufträgen für europäische Rüstungsunternehmen auch wieder an europäische Länder zurück“, sagte Riemenschneider in einem Interview mit der *Strategic Culture Foundation*.

Er wies darauf hin, dass ukrainische Drohnen- und Raketenhersteller keine eigenständigen Produzenten seien. „Sie sind in hohem Maße von Firmen in Dänemark, den Niederlanden, Norwegen, Deutschland, Frankreich und so weiter abhängig, wenn es um entscheidende technische Komponenten wie Triebwerke, Hydrauliksysteme und Elektronik für die Radarnavigation geht.“

Mit anderen Worten: Bei den Milliardenbeträgen, die europäische Politiker in die Ukraine pumpen, handelt es sich nicht so sehr darum, gutes Geld schlechtem hinterherzuwerfen oder es in ein schwarzes Loch zu stecken. Im Gegenteil, es ist ein riesiger Erpressungsbetrug, durch den öffentliche Gelder zurück in private europäische Unternehmen fließen, die damit riesige Gewinne einstreichen. Dieser Aufschwung für die europäische Wirtschaft scheint gut für die Volkswirtschaften zu sein und schafft zweifellos einige Arbeitsplätze. Der springende Punkt ist jedoch, dass die europäischen Bürger massenhaft abgezockt werden, um private Profitgier im Namen der „Verteidigung der Ukraine gegen die russische Aggression“ zu subventionieren.

Riemenschneider hob die Nachricht hervor, dass der britische Parteivorsitzende Keir Starmer diese Woche am EU-Gipfel in Eriwan teilnahm, wo Starmer Berichten zufolge von der Leyen vorschlug, dass Großbritannien sich ebenfalls an dem 90-Milliarden-Euro-„Kreditprogramm“ für die Ukraine beteiligen solle. Warum sollte ein Nicht-EU-Mitglied der Ukraine Mittel „spenden“ wollen? Ritterlicher Mut? Verteidigung der armen kleinen Ukraine?

Starmer verriet es, als er [sagte](#), dass die Vergabe von Krediten eine gute Investition für die britische Wirtschaft und „Arbeitsplätze“ sei. Vergessen Sie die angebliche Sorge um „Arbeitsplätze“. Was Starmer wirklich meinte, waren Gewinne für die Eigentümer britischer Rüstungsunternehmen und deren Investoren in der Londoner City.

Das große Interesse der Briten an der Kreditvergabe an das Kiewer Regime lässt sich treffender als der Wunsch verstehen, ein Stück vom Kuchen des Kriegsgeschäfts abzubekommen.

Das ist das doppelt Ärgerliche daran. Die EU behauptet, dass der 90-Milliarden-Euro-Erpressungsfonds letztendlich durch Russlands eingefrorene Vermögenswerte in Höhe von 200 Milliarden Euro gedeckt werde, die als „Kriegsentschädigung“ enteignet werden sollen. Moskau hat wiederholt gewarnt, dass ein solcher Schritt einen schweren Diebstahl darstelle und nicht stattfinden werde. Es scheint tatsächlich so, als könne Russland selbst vor europäischen Gerichten einen Rechtsstreit gewinnen, um die EU daran zu hindern, seine Vermögenswerte zu beschlagnahmen.

Letztendlich bedeutet dies also, dass die europäischen Arbeitnehmer und Bürger am Ende für eine ausstehende Schuld in Höhe von 90 Milliarden Euro aufkommen müssen. Sie werden diese Schulden begleichen, indem sie jahrzehntelang unter wirtschaftlicher Sparpolitik und Einschnitten bei ihren Arbeitsbedingungen sowie ihren sozialen Rechten – wie Renten, Gesundheitsversorgung und Bildung für ihre Kinder – leiden. Sie werden dafür bezahlen, indem sie sich selbst in die Armut treiben.

Es muss ein breiteres Verständnis gefunden werden, dass es sich hier um eine massive räuberische Erpressung handelt, die der europäischen Bevölkerung von sogenannten Führern in Zusammenarbeit mit einer Kiewer Mafia aufgezwungen wird. Hier geht es nicht darum, die Augen zu verschließen; es geht darum, wissentlich öffentliche Gelder für die Interessen der kapitalistischen Elite zu stehlen.